

IWF stellt der Schweiz ein gutes Zeugnis aus

Ausblick Die Schweiz hat die Covid-19-Pandemie laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bisher gut gemeistert.

Für 2021 rechnet der IWF in der Schweiz mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent und 2022 von 2,8 Prozent. 2020 schrumpfte die Schweizer Wirtschaft um 2,9 Prozent und damit weniger stark als andere Volkswirtschaften in Europa, wie der IWF in seinem Jahresbericht festhält. Abfedernd wirkten demnach etwa die solide Ausgangslage öffentlicher und privater Haushalte, die wettbewerbsfähigen Exportindustrien (etwa Pharma, Chemie) und der grosse und gut kapitalisierte Finanzsektor. Die Reaktion der Politik auf die Pandemie sei «früh, stark und nachhaltig» erfolgt. Die Behörden hätten schnell Notmassnahmen im Umfang von mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Haushalte und Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Unsicherheiten bleiben bestehen

Die Unsicherheiten blieben jedoch hoch, dominiert von der Dynamik der Pandemie. Wie schnell geimpft werde und wie sich die dritte Welle entwickle, spiele eine Rolle. So oder so werde die Krise wahrscheinlich «Narbeneffekte» haben - Auswirkungen, die auch lange nach der

Pandemie noch sichtbar sein werden. Das insbesondere in Sektoren, in denen sich die Nachfrage möglicherweise langsamer erhole (beispielsweise die Gastro- oder Veranstaltungsbranche).

Obwohl die Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Insolvenzen nicht stark angestiegen seien, könne sich das ändern, wenn die Unterstützungsmassnahmen des Bundes (siehe Artikel unten) aufgehoben würden. Dass die Massnahmen 2021 fortgeführt würden, sei richtig. Eine stärkere Koordination zwischen Bund und Kantonen könne jedoch zu effizienteren Lösungen führen.

Expansive Geldpolitik weiterführen

Die Reaktionen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der Finanzaufsichtsbehörde Finma hätten zur Aufrechterhaltung der Liquidität von Franken und Dollar sowie der Bankkredite beigetragen. Mit Blick auf die weiterhin gedämpften Inflationsaussichten empfiehlt der IWF zudem, die expansive Geldpolitik weiterzuführen.

Der IWF empfiehlt der Schweiz zudem, die Preisentwicklung bei den Immobilien weiter zu beobachten, die Risikokontrollen und -puffer der Finanzmarktteilnehmer zu überwachen und bei Bedarf frühzeitig Massnahmen zu ergreifen.

Die Delegation des IWF hat das diesjährige Länderexamen vom 17. März bis am 7. April via Videokonferenz durchgeführt. (sda)

Im Pandemiejahr in der Schweiz

2020 weniger Konkurse und Betreibungen

ZÜRICH Es klingt paradox: Ausgerechnet 2020, im Jahr der grössten Wirtschaftskrise seit den 1970er-Jahren, haben Firmenkurse und Betreibungen in der Schweiz deutlich abgenommen. Doch die Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, denn die Massnahmen des Bundes zur Verhinderung von Konkursen zeigten Wirkung.

Die Zahl der eröffneten Firmen- und Privatkonkursverfahren ging vergangenes Jahr in der gesamten Schweiz um 6,6 Prozent zurück, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Mittwoch mitteilte. Zum Vergleich: 2019 wurden rund 13 800 Insolvenzen registriert, 2020 waren es nur noch 12 900. Dabei wurden in allen Regionen der Schweiz weniger Konkursverfahren eröffnet als im Vorjahr, die Zahl des Rückgangs schwankte aber je nach Region stark.

Am schwächsten war der Rückgang mit 2,8 Prozent in der Nordwestschweiz. Am stärksten gingen die Konkursöffnungen mit 15,9 Prozent im Tessin zurück. Auf kantonaler Ebene zeigten sich mit rund einem Viertel weniger Konkursöffnungen in Glarus und Graubünden die stärksten Abnahmen.

Lediglich in vier Kantonen nahmen die Konkursöffnungen zu: In Schwyz (+13), Luzern (+32), Obwalden (+15) und Uri (+3). Ausserdem gab es im Halbkanton Basel-Stadt genau eine Konkursöffnung mehr als im Vorjahr.

Noch stärker als die Konkurse gingen laut der Mitteilung die Betreibungen

zurück. 2019 wurden noch knapp 3,1 Millionen Zahlungsbefehle ausgestellt, im vergangenen Jahr waren es nur noch knapp 2,7 Millionen. Auch die Betreibungen auf Pfandverwertung gingen deutlich zurück.

Dass die Konkurse im vergangenen Jahr wegen der Coronakrise und deren verheerenden Auswirkungen auf die Firmenlandschaft in der Schweiz nicht mehr zugenommen haben, erklären die Statistiker vom BFS mit den Massnahmen des Bundes zur Verhinderung von Konkursen: Einerseits habe der Bundesrat die Unternehmen sehr früh von der Pflicht der Überschuldungsanzeige befreit. Als zweite Massnahme führte der Bund eine «Covid-19-Stundung» für KMU ein. Zudem hat der Bund mit der Härtefallklausel Unternehmen finanziell unter die Arme gegriffen.

Im März steigen Konkurse

Einen ersten Hinweis darauf, wie die Entwicklung weitergeht, dürfte die aktuelle Auswertung des Informationsdienstleisters CRIF liefern: Laut einer ebenfalls am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung nahmen die Firmenkurse im März 2021 schweizweit erstmals seit Beginn der Krise wieder zu. Und zwar um 16,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im März hätten 688 Firmen Konkurs angemeldet, im Vorjahr waren es noch 592. Gegenüber dem Vormonat Februar stieg die Anzahl der Konkursöffnungen sogar um über ein Drittel. (sda)

Dieses Ungeheuer hat Thomas Hobbes zum Titel seiner Schrift «Leviathan» (1651) angeregt, in der er die Allmacht des Staates mit der Unbezwingbarkeit des biblischen Ungeheuers vergleicht. (Illustration: Shutterstock/Tally)



Ländern und Kommunen zu beschweren. Tatsächlich ist hier einiges oft verwirrend.

Grundsätzlich war es aber richtig, auf unterschiedliche Situationen auch unterschiedlich - eben jeweils verhältnismässig zu reagieren. Auch ist Vielfalt eine adäquate Reaktion auf Unsicherheit: Man kann besser aus den unterschiedlichen Lösungsansätzen lernen.

Gleichwohl ist zu erwarten, dass als psychologisch-politische Langfristfolge der Pandemie die Macht der zentralen Exekutive, die sich um alle Nöte der Bürger «kümmern» soll,

einen ähnlichen Sprung gemacht haben wird wie die fiskalische Staatsquote und dass beide kaum mehr auf das Vor-Krisen-Niveau zurückgehen werden.

Gerade in Deutschland gehört die Kombination von Zukunftsangst und Untertanengeist zum Erbe des «preussischen» Geistes, der länger zurückreicht als die Sektsteuer.

Neue Kraft für «Leviathan»

Auch nach der Bewältigung der Pandemie stehen Krisen an, aus denen der «Leviathan» neue Kraft schöpfen könnte. Die Klimakrise

wäre gerade in Deutschland ein sicherer Kandidat. Viele Aktivisten fordern schon jetzt, die neu entdeckten Möglichkeiten des Ausnahmezustands und der Lockerung der Schuldenbremse nunmehr konsequent für den Klimaschutz zu nutzen. Aus liberaler Sicht verheisst das nicht Gutes.

ANZEIGE



Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik

ANZEIGE

Exzellentes Banking mit ausgezeichneter Beratung. Seit Generationen.

Liechtensteinische Landesbank¹⁸⁶¹
Tradition trifft Innovation.